

nichts mehr, zu meiner Freude aber Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied. Ich hoffe, daß die Reichstagsfraktion jetzt das Wahlrecht der Soldaten ebenso fordert wie in der Nationalversammlung, während sie es im Reichstag abgelehnt hat. Wir haben hier jetzt den Optimismus, daß es der Volkspartei gelingen wird, eine republikanische Reichswehr zu erreichen. Was wir vergeblich von Sozialdemokraten in der Regierung verlangten, soll jetzt mit Hilfe von Volksparteilern erreicht werden. Wenn es geschieht, braucht sich niemand vor dem Wahlrecht der Soldaten zu fürchten. Wir haben im übrigen keine Angst vor 100 000 Soldaten. Wenn sie alle reaktionär stimmen, würden wir dadurch zwei reaktionäre Abgeordnete im Reichstag mehr haben. Wie soll man der Forderung der Kommunisten und einiger Unabhängiger, den Besitzenden das Wahlrecht zu entziehen, entgegenzutreten, wenn wir einer Handvoll Proletarier das Wahlrecht nehmen.

Mo. Braun - Berlin - Friedrich.
Ich komme nun zu dem grundsätzlichen Teil des Entwurfs. Wir müssen diesen Entwurf viel kritischer lesen, als wir es vielleicht tun würden, wenn wir nicht unter dem Eindruck dessen ständen, was der „Vorwärts“ als die „taktische Wendung“ der Partei bezeichnete. Wenn ich nicht unter dem Eindruck dieser Tatsache stände, würde ich den ersten Absatz des Entwurfs vielleicht als eine schön klingende Redefloskel auffassen, die nichts weiter besagt. Wir sind nicht die Interessenvertretung des Kleinbürgertums, sondern des Proletariats. Nach diesem Entwurf sollen wir alle körperlich und geistig Schaffenden vertreten, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind. Der Kleinmeister, der Lehrlinge züchtet, hört deshalb nicht auf, auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen zu sein. Wo ich mit Kleinbürgern und Bauern zu tun habe, sage ich immer: Unsere Partei vertritt eure Interessen besser als jede andere, aber ich verschweige nicht, daß da, wo kleinbürgerliche Interessen den proletarischen Interessen entgegenstehen, wir kleinbürgerliche nicht vertreten können.

Man hat die Hauptforderung, die ich stellte, angenommen, daß es nach wie vor Aufgabe unserer Partei sei, den Klassenkampf zu einem einheitlichen und bewußten zu gestalten. Allerdings hat man den Ausdruck Klassenkampf vermieden und gesagt: den notwendigen Kampf der schaffenden Massen. Wenn nicht die Debatte vorausgegangen wäre, in der der Klassenkampf als überwunden hingestellt wurde, wenn nicht die ganze Taktik der Partei mit in Rechnung gestellt werden müßte, dann würde man sich vielleicht sagen können, daß diese Ausdrucksweise gleichgültig ist. Wir halten aber daran fest, daß man den Klassenkampf zu einem bewußten und einheitlichen gestalten muß. (Zuruf: Das steht ja drin!) In anderer Form, wie ich schon zugegeben habe. Wir lassen uns in der Betonung dieses Standpunktes auch nicht dadurch abhalten, daß der Staatsminister Dr. Reinke-Bloch von der Volkspartei, der in Mecklenburg bereits das Ziel erreicht hat, mit unseren Parteigenossen in der Regierung zu sitzen, vor wenigen Tagen auf dem Parteitag seiner Partei in Lübeck erklärt hat: „die Entscheidung darüber, ob diese Politik in Schwerin Dauer gewinnen kann, hängt von den Entscheidungen des Görtziger Parteitages ab, von der Frage, ob er die links von der Sozialdemokratie stehenden Parteien abstößt. Tritt sie als Partei des Klassenkampfes auf, dann gibt es keine Gemeinschaft mit uns.“ (Zuruf: Na also, dann sind wir doch ganz einverstanden!) Dieser Zeitgenosse Reinke-Bloch lehnt es zwar ab, mit einer Partei des Klassenkampfes zu arbeiten, aber nicht mit einem sozialdemokratischen Staatsminister in Mecklenburg.

Schließlich sind die Formeln eines Parteiprogramms doch derartig, daß sie mit lebendigem Leben erfüllt werden müssen. Auch die Formel, auf die ich besonderen Wert legte, die Aufgabe, den Klassenkampf zu einem einheitlichen zu

gestalten, ist schließlich nur eine Formel, aber ich zweifle nicht, daß das sozialistische Proletariat diesen Gedanken lebendig gestalten wird. Das eine weiß ich: bei den Massen draußen werden wir keine Enttäuschung erleben.

Der Vorsitzende Wels teilt mit, daß folgender Antrag Kurz und Genossen eingegangen ist:

„Im achten Absatz des Programmentwurfs zu sagen statt: „Die Ueberführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft“. „Die Umwandlung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in gemeinschaftliche“.

Kurz hat erklärt, daß er diesen Antrag als einen solchen betrachte, der bei Annahme des Antrages Bader durch den Parteivorstand redaktionell bzw. stilistisch in das Programm gearbeitet werden könnte. Ein Ueberweisungsantrag würde also hierfür genügen.

Ergebnis der Wahlen des Parteivorstandes:

Der Vorsitzende teilt mit, daß erhalten haben:

als Vorsitzende: Müller 320 Stimmen, Wels 300 Stimmen;

als Kassierer: Bartels 320, Heinrich 318 Stimmen;

als Sekretäre: Wolkensbuh 317, Pfannkuch 308, Otto Braun 298, Adolf Braun 290, Franz Krüger 255, Marie Suchacz 308, Ströbel 116, Markwald 34 Stimmen.

als Beisitzer: Richard Fischer 321, Karl Hildenbrand 320, Adolf Ritter 317, Elfriede Rynnek 321, Otto Franck 318, Heinrich Schulz 311 Stimmen.

Gewählt sind also:

als Vorsitzende: Müller und Wels;

als Kassierer: Bartels und Heinrich;

als Sekretäre: Wolkensbuh, Pfannkuch, Otto Braun, Adolf Braun, Franz Krüger, Marie Suchacz;

als Beisitzer: Richard Fischer, Hildenbrand, Ritter, Elfriede Rynnek, Otto Franck und Heinrich Schulz.

Bei der Wahl zur Kontrollkommission haben erhalten:

August Brey-Hannover 306, Fritz Brühne-Frankfurt a. M. 306, Friedrich Fischer-Stuttgart 316, Helene Grünberg-Nürnberg 195, Clemens Hengsbach-Köln 304, Hermann Müller-Berlin-Neudamm 300, Paul Löbe-Breslau 316, Karl Pinkau-Leipzig 273, Adolf Schönfelder-Hamburg 249, Minna Bolkmann-Halberstadt 113, Toni Pfüll-München 190, Bergmann-Stettin 6 Stimmen.

Gewählt sind:

Brey, Brühne, Fischer, Grünberg, Hengsbach, Müller, Löbe, Pinkau und Schönfelder.

Für den Zentralbildungsausschuß ist folgende Vorschlagsliste eingegangen: Heinrich Schulz-Berlin, Hugo Heimann-Berlin, Professor Radbruch-Kiel, Paul Löbe-Breslau, Frau Bohm-Schuch-Berlin, Dr. Eduard David-Berlin, Karl Körner-Berlin, Schreck-Bielefeld, Hellmann-Hamburg, Sassenbach-Berlin, Dr. Adolf Köster-Hamburg.

Der Parteitag stimmt hierauf en bloc der Wahl dieses Zentralbildungsausschusses zu.

Hierauf wird die Diskussion über das Parteiprogramm fortgesetzt.

Adolf Braun-Berlin: Ich bitte, den Antrag 338 anzunehmen, der lautet:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, auf schnellstem Wege eine vollstündige Erläuterung des Görtziger Parteiprogramms herauszugeben.

Dieser Antrag ist auch von Markwald unterzeichnet. Ich habe lebhaft bedauert, daß Genosse Markwald so wenig Zutrauen zu seinem eigenen Pro-